2019/41 Small Talk

https://shop.jungle.world/artikel/2019/41/inszenierung-versaut

Alexander Schulte über linkes Adbusting im Verfassungsschutzbericht

»Inszenierung versaut«

Interview Von **Peter Nowak**

Im aktuellen Jahresbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) taucht in der Rubrik »Linksextremismus« erstmals das sogenannte Adbusting auf. Die Aktionen hatten im vergangenen Jahr vor dem jährlich in Berlin tagenden Europäischen Polizeikongresses stattgefunden. Der Blog »Maqui« (maqui.blogsport.eu) dokumentiert und analysiert Adbusting und andere Formen von Kommunikationsguerilla. Die Jungle World sprach mit Alexander Schulte*, einem Mitglied der Redaktion von »Maqui«.

Was ist Adbusting?
Adbusting kommt von ad, übersetzt: Werbung, und busting, was so viel bedeutet wie zerstören, kaputtmachen. Ein Adbusting ist eine überspitzte Verfremdung oder Umdeutung eines Werbeplakats. Adbusters gestalten Werbung im öffentlichen Raum so um, dass deren Sinn die Werbenden oder das Beworbene bloßstellt oder kommentiert. Das ist minimalinvasiver Vandalismus, der Werbung zur Kenntlichkeit entstellt.

Welche Adbusting-Aktionen gab es vor dem Europäischen Polizeikongress?
2016 wurden die Besucher des Kongresses von vermeintlichen Plakaten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt. Diese zeigten knüppelschwingende Playmobil-Cops. Der vermeintliche Slogan der Polizeigewerkschaft lautete: »Gewalttäter? Einer muss es ja machen!« 2018 hingen dort umgebastelte Werbeposter der Berliner Polizei. Statt »Für 5 003 Demonstrationen pro Jahr und 1 Meinungsfreiheit« lautete der Slogan »Für 5 003 Schlagstockeinsätze und die beste G20-Party«. 2019 hingen selbstgebastelte Poster mit der Überschrift »Polizeikongress: Ein Treffen zum Aufrüsten und Abschotten« in den Werbevitrinen.

Hatten diese oder andere Adbusting-Aktionen polizeiliche oder juristische Konsequenzen?
Bisher blieben die Polizeikritiker immer unerkannt, obwohl sie genau vor den Wachmannschaften am Ort des Kongresses die Poster auswechselten. Aber seit 2018 gibt es deutlich mehr Repression. Es gab mindestens zwei Hausdurchsuchungen wegen Adbusting. In mehreren Verfahren wurden Plakate auf Fingerabdrücke und DNA-Spuren

untersucht. Gegen eine Person, von der die Cops glauben, dass sie auf dem Höhepunkt der Erdoğan-Böhmermann-Affäre ein »Mimimi«-Poster vor die türkische Botschaft gehängt habe, hat gerade ein Prozess wegen Sachbeschädigung und schweren Diebstahls begonnen.

Wie bewerten Sie, dass die Aktionen nun im Verfassungsschutzbericht auftauchen?
Das ist äußerst unterhaltsam. Ein paar Plakate sollen eine Gefahr für den Staat sein? Schön wär’s, wenn es so einfach wäre. Wenn die bewaffneten Staatsorgane die Öffentlichkeit suchen und dort kritisiert werden, reagieren sie allergisch. Sie mögen es gar nicht, wenn man sie lächerlich macht. Also setzen sie noch einen drauf und listen kritische Poster in derselben Publikation wie mordende Nazis. Zum Glück dürfte das der Öffentlichkeit schwer zu vermitteln sein.

Sehen Sie darin eher eine Aufwertung oder eine Kriminalisierung?
Es ist sehr nett, dass der Geheimdienst deutlich macht, welches subversive Potential er der Aktionsform zutraut. Doch zugleich ist es eine Kriminalisierung. Beim Polizeikongress 2018 half nicht einmal ein Survivor-Panzer vor der Kongresstür dagegen, dass gleich gegenüber polizeikritische Poster hingen. Das versaut die ganze Inszenierung von staatlicher Handlungsfähigkeit – und schon landen Adbustings auf der »BRD-most-wanted-Liste«.

* *Name von der Redaktion geändert.*

© Jungle World Verlags GmbH